



Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po (www.eiiv.eu) welfens@eiiv.uni-wuppertal.de
2015 = 20 Jahre EIIW/preisgekrönte Analysen, weltweite Vernetzung; Wissensvorsprung für Entscheider

Pressemitteilung | • *Jamaika in Berlin* • *Komplizierte*

Regierungsbildung • *BREXIT-Verlängerung Nein*

Jamaika in Berlin: Komplizierte Regierungsbildung, BREXIT-Verlängerung: Nein

Wuppertal, 25. September 2017 (*Bundestagswahljamaika2017*)

CDU und SPD sind Wahlverlierer, die CDU kann indes weiterhin – bei veränderter Koalition – regieren. Es ist klar, dass die SPD nach dem 24. September – bei einem neuerlich miserablen Wahlergebnis –, nicht nochmals in eine Große Koalition gehen kann. Groko als Dauerkonstellation beim Regieren schadet der Demokratie und mästet die politischen Ränder, was eine weitere Polarisierung im Politiksystem ergäbe. Natürlich müsste die SPD eben auch befürchten, bei erneuter Koalition dann bei der nächsten Wahl deutlich unter 20% zu fallen, im Schatten der größeren Kanzlerin; gar hinter die AfD. Es ist bedauerlich, dass die AfD mit ihrem Bundestags-Einzug eine neue gewichtige Oppositionspartei ist und bei den Bundestagsdebatten ein lautes Wort führen wird; und eine unangemessene, für Deutschlands Stabilität gefährliche Enttabuisierung rechtspopulistisch vielfach dabei forcieren wird: vor allem gegen Zuwanderer, Flüchtlinge, die Politik der Europäischen Zentralbank, die EU-Integration und ein US-EU-Freihandelsabkommen wird man ankämpfen. Zudem für eine neue Russlandpolitik und für Atomkraftwerke; obwohl letztere zur Marktwirtschaft nicht passen, da sie keine umfassenden Versicherungen im Markt erhalten können.

Politisch möglich ist jenseits der Großen Koalition wohl nur eine Jamaika-Koalition zwischen CDU/CSU, FDP und Grünen, was langwierige Koalitionsverhandlungen erwarten lässt. Jamaika in Berlin wird ein wenig aussehen wie die Jamaika-Koalition in Schleswig-Holstein, nur komplizierter, da ja die CSU mit an Bord sein wird. Die große Koalition hat bei der Flüchtlingswelle 2015 administrativ über Monate ein Kontrollverlust-Bild geboten, mit der für die Berliner sichtbaren Chaos-Behörde Lageso als Quasi-Werbeveranstaltung für die AfD. Der Bund hätte hier gegen das Chaos des Berliner Senats, SPD-geführt, einschreiten müssen. Die Quittung: 20% AfD in Ost-Berlin.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass eine von Kanzlerin Merkel pragmatisch geführte Jamaika-Koalition für einige Jahre vernünftige Regierungsarbeit leisten wird. Aber eine Konstellation mit Merkel als Kanzlerin und Grünen mit dem Außenministerium sowie der FDP bei Wirtschaft und Innenressort bietet der populistischen AfD eine große Reibungs- und Projektionsfläche bis 2021. Die AfD hat mit ihren bisherigen 13 siegreichen Landtagswahlen zusätzlich eine starke regionale Basis, über die die AfD-Führung ihre Politikpunkte ebenso lancieren wird wie im Europa-Parlament und im Bundestag. Deutschland ist mit 20% politischen Extremen nun politisch weniger stabil.

Der Kurs von AfD/Linke läuft auf gefährliche deutsche Sonderwege hinaus und sieht nur bei den Punkten Nationalismus und Protektionismus deshalb nicht ganz aus der Zeit gefallen aus, weil die USA ausnahmsweise unter einer populistisch-protektionistischen Regierung – also unter Präsident Trump – agieren, während



zugleich auch Großbritannien vom Kurs rationaler Wirtschaftspolitik in einem schrägen, fehlorganisierten EU-Referendum 2016 abgewichen ist. Die programmatische AfD-Vergötterung von Volksabstimmungen findet hier ein Beispiel für die Gefahr von Fehlreferenden, mal davon abgesehen, dass das Dritte Reich unsägliche Beispiele für manipulierte Volksbefragungen im Diktaturumfeld gab. Der Blick der sonderbaren Frau Weidel auf idyllische Volksbefragungen in der ganz anders traditionsbegründeten Schweiz als kleiner Volkswirtschaft ist nur naiv zu nennen. In UK hat ein „disorderly referendum“ unter Premier Cameron eine 51.9% pro BREXIT Mehrheit gebracht, ein Fehlreferendum mit großen historischen Konsequenzen; 52,1% für EU-Verbleib wäre auf Basis von UK-Popularitätsfunktionen zum Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Regierungspopularität das normale Ergebnis gewesen, nämlich im Fall einer eigentlich selbstverständlichen Regierungsinfo von Cameron in 16 Seiten Infobroschüre mit Blick auf Befunde im Treasury Report zu BREXIT-Nachteilen.

Die SPD mit Kanzlerkandidat Schulz steht wegen Ideenlosigkeit an der 20%-Marke. Denn die SPD ist nicht nur mitgliedermäßig eine alte Partei. Ihre Programmbestandteile sind nicht modern und kennen weithin keine Antworten auf die großen Zukunftsfragen des 21. Jahrhunderts. Fähigkeit zur Selbstkritik fehlt weithin. Martin Schulz hat jenseits eines mit Blick auf Deutschland zweifelhaften Rufens nach noch mehr Solidarität in Europa weder die Europafahne richtig geschwungen – etwa durch Mitwirkung bei Pulse-of-Europe Pro-EU-Demos –, noch durchdachte Programminnovationen entwickelt: Er hat bei seinen Vorschlägen zur Steuerpolitik fast nur auf Zuarbeiten von SPD-geführten Landesregierungen gesetzt, was bedeutet, die globalisierungsfernste Gruppe von SPD-Finanzexperten als Basis für Steuerpolitik im 21. Jahrhundert anzusprechen. Eine der eigentlich logischen Folgerungen hätte doch sein müssen, dass das Thema Mindest-Körperschaftssteuersatz bei G20 auf die Agenda zu setzen ist; denn ohne eine solche Reform ist der Sozialstaat in Europa nicht zu halten. Kein Satz dazu von der SPD.

Schulz behauptete im Wahlkampf, dass eine Mehrwertsteuersatzsenkung einfach von den Unternehmen eingesackt würde – damit war das für eine Korrektur der zu hohen deutschen Leistungsbilanzüberschussquote sinnvolle und für die Stärkung der Kaufkraft der Arbeitnehmer wichtige Instrument Mehrwertsteuersenkung aus Unkenntnis der echten Zusammenhänge vom Tisch. Natürlich wirkt eine Mehrwertsteuersatzsenkung nicht sofort, aber nach einem guten Jahr sind die gewünschten Wirkungen sicherlich sehr sichtbar. Martin Schulz hätte sich für den Sozialstaat als verstärkt vernetzte Soziale Marktwirtschaft in der EU und weltweit mit guten Argumenten einsetzen können; die Lebenserwartung in Deutschland und Frankreich ist zwei Jahre höher als in den USA, die Säuglingssterblichkeit in den USA höher. Aber auch da war nichts zu hören.

Kanzlerin Merkel wird sich wohl mit einer Jamaika-Koalition abmühen müssen; die FDP wird – dankbar für die neue Regierungsbeteiligung nach historischen vier Jahren Auszeit im Deutschen Bundestag – die Regierungsarbeit Ernst nehmen und von der Laschet-Pinkwart-Regierung in NRW wird es dafür Unterstützung geben: auch durch verstärkte regionale Wachstumsimpulse dank besserer

Wirtschaftspolitik als bei der unprofessionellen Vorgängerregierung, die 2015 mit die schlechteste Wachstumsrate aller Bundesländer hatte. Die Grünen werden sich mit pragmatischer Jamaika-Vernunft historischen Aufgaben widmen müssen, nämlich via Außenministerium mit gestalten.

Berlin wird in neuer Kooperation mit Paris Initiativen zu Vertiefung der Eurozonen-Integration anschieben, den Dialog mit Russland zumindest ansatzweise neu versuchen und zugleich wird die Türkei ein Signal erhalten, dass die Kooperation mit der EU zunehmend auf Eis gelegt werden könnte, wenn sich dort der Staatspräsident nicht zu einer Normalisierung der Beziehungen entschließen kann. Wenn Angela Merkel Deutschland und die EU ohne große Probleme aus der Eurokrise endgültig heraus und durch die 2018 einsetzenden BREXIT-Stürme erfolgreich führen sollte, dann könnte die Kanzlerin sich das Elend einer Nachfolge-Diskussion am Ende ersparen; indem sie nämlich 2021 doch nochmal antritt – und womöglich dann drei Jahre später den Amtslängenrekord des Ostdeutschen Bismarck übertreffen können. Denkbar ist aber bei schwacher Aushandlung eines Koalitionsvertrages auch, dass eine komplizierte Jamaika-Koalition sich als wenig handlungsfähig erweist und die Legislaturperiode nicht zu Ende bringt. Durchdachte, erfolgreiche Kooperationsprojekte in der EU, neu angeschoben von Deutschland und Frankreich, sind dringlich. 2021 droht sonst nicht nur der BREXIT, sondern gleich eine große Europa-Krise – bei Neuwahl Bundestag. Von daher ist ausgeschlossen, UK einfach zwei Jahre BREXIT-Verlängerung zu geben, die Premier May in ihrer Florenz-Rede gefordert hat. 2019 sollte der BREXIT vollzogen sein..

Aktuelle Analyse Buch: Welfens, BREXIT aus Versehen

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens ist Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Universität Wuppertal, dort zudem Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftsintegration und des Lehrstuhls Makroökonomik. Außerdem ist er Vorsitzender des Forschungsinstituts bdvb, Düsseldorf; Non-resident Senior Research Fellow am AICGS der Johns Hopkins University, Washington DC sowie IZA Research Fellow, Bonn.

Paul J.J. Welfens Brexit aus Versehen Europäische Union zwischen Desintegration und neuer EU, Heidelberg: Springer 2017, 401 S. Hardcover € 19,99 (D) | ISBN 978-3-658-15874-3

Paul Welfens An Accidental Brexit New EU and Transatlantic Perspectives, London: Palgrave Macmillan 2017, 174 S. Softcover €48,14 (D) | ISBN 978-3-319-58271-9

Kontakt Christina Wiens | Sekretariat | tel 0202 439-1371 | wiens@eiiw.uni-wuppertal.de